

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Helge Limburg, Enno Hagenah und Ralf Briesse (GRÜNE), eingegangen am 19.06.2009

Einkesselung von Antifaschistinnen und Antifaschisten in Hannover am 1. Mai 2009

Am 1. Mai 2009 fanden in Hannover Sternmärsche der Gewerkschaften und ein großes „Fest der Demokratie“ mit mehr als 15 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Klagesmarkt statt. Diese Aktionen wurden vom Bündnis „Bunt statt Braun - Keinen Meter - Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch!“ organisiert und waren ein eindrucksvolles zivilgesellschaftliches Zeichen gegen den geplanten Aufmarsch von mehr als 1 000 Rechtsextremisten aus dem Spektrum der gewaltbereiten „Autonomen Nationalisten“.

Nachdem der von den Neonazis angemeldete Aufmarsch seitens der zuständigen Behörden verboten wurde, gab es am 1. Mai Meldungen, nach denen Rechtsextremisten eine Ersatzkundgebung in Verden/Aller veranstalten würden. Daraufhin fuhren etwa 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Hannover mit dem Zug nach Verden. In Verden wurde der spontane antifaschistische Demonstrationzug von einem großen Polizeiaufgebot begleitet. Als die Demonstrantinnen und Demonstranten mit einem Regionalexpress nach Hannover zurückfahren wollten, kam es am Verdener Bahnhof zu Auseinandersetzungen. Laut Polizeibericht kam es dabei vereinzelt zu Sachbeschädigungen und kleineren Rangeleien. Augenzeugen berichteten von einem massiven Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray seitens der Polizei und zahlreichen verletzten Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Als der Regionalexpress gegen 16 Uhr in Hannover ankam, befand sich ein massives Polizeiaufgebot auf dem Bahnsteig. Laut Aussagen von Fahrgästen des Zuges wurde ein großer Teil der Aussteigenden durch Polizeispalier zu einer Rampe am Ende des Bahnsteigs geführt, die in einen dunklen Tunnel mündete. Dort wurden die Fahrgäste des Zuges eingekesselt, zusammengedrängt und nach etwa 30 bis 60 Minuten auf einen angrenzenden Parkplatz geleitet. Dort wurden die Personen weiterhin eingekesselt, nach und nach erkennungsdienstlich behandelt und anschließend aus dem Kessel entlassen. Einige Personen wurden dort bis etwa 20 Uhr festgehalten.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Welche Tatvorwürfe seitens der Polizei bezüglich der Ereignisse in Verden lagen der Entscheidung zugrunde, später am Hauptbahnhof in Hannover mehrere Hundert Personen einzukesseln und erkennungsdienstlich zu behandeln?
2. Wie viele Polizistinnen und Polizisten wurden in Verden verletzt? Um welche Art von Verletzungen handelt es sich dabei?
3. Wie viele Reisende wurden durch die polizeilichen Maßnahmen beeinträchtigt?
4. Aufgrund welcher Kriterien wurde entschieden, welche Fahrgäste des Regionalexpresses den Bahnsteig in Hannover ohne weitere Kontrolle verlassen durften und welche Fahrgäste eingekesselt worden sind?
5. Wie viele Ermittlungsverfahren gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden infolge der polizeilichen Maßnahmen in Hannover eingeleitet? Welche Tatvorwürfe wurden dabei erhoben?

6. Warum wurden die Personen in Hannover in einem dunklen Tunnel eingekesselt, und wieso wurde in diesem Zusammenhang der Raum der Eingekesselten durch ein Zusammenrücken der Polizeikräfte verknappt?
7. Welche Maßnahmen wurden zur Verpflegung der Eingekesselten unternommen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 24.06.2009 - II/721 - 369)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration
- P 24.20-01425/2/4577/09 -

Hannover, den 24.07.2009

Viele der in dieser Kleinen Anfrage enthaltenen Aspekte waren bereits Gegenstand meiner Antwort zu der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Pia-Beate Zimmermann (LINKE), Drucksache 16/1405. Insofern beziehe ich mich ausdrücklich auf die darin getroffenen Aussagen.

Für die Beantwortung beider Kleinen Anfragen sind Berichte der Polizeidirektionen Hannover und Oldenburg eingeholt worden. Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf den Stellungnahmen dieser Behörden.

Dieses vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Anlässlich der Ereignisse am frühen Nachmittag des 1. Mai 2009 in Verden/Aller leitete die Polizei Strafverfahren u. a. wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs, der Gefangenenbefreiung, der Körperverletzung, der Sachbeschädigung, des Diebstahls sowie des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ein.

Zu 2:

Im Verlauf dieses Einsatzgeschehens sind Polizeibeamte nicht verletzt worden.

Zu 3:

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sind durch die polizeilichen Maßnahmen aus Anlass der Kontrollmaßnahmen nach Ankunft des Reisezuges aus Verden/Aller auf dem Hauptbahnhof Hannover erkennbar unbeteiligte Reisende nicht beeinträchtigt worden.

Zu 4:

Der Polizeidirektion Hannover war bereits vor der Ankunft des Zuges im Hauptbahnhof Hannover bekannt geworden, dass sich die aus Verden/Aller anreisenden potenziellen Störer im Wesentlichen in den letzten drei Wagen befinden sollten. Daher richtete der Einsatzleiter nach Eintreffen des Zuges die polizeilichen Maßnahmen zur Vorbereitung der beabsichtigten Kontrolle vorwiegend auf die Insassen dieses Zugbereiches aus.

Zu 5:

Infolge der im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofes durchgeführten Kontrollen leitete die Polizei sechs Strafverfahren wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs in Verbindung mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und einem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, des Verstoßes gegen die Sprengstoffverordnung, des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte in zwei Fällen, der Beleidigung sowie des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ein.

Die Polizei leitete darüber hinaus vier Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz sowie eines wegen der Verweigerung der Angabe von Personalien ein.

Zu 6:

Die eingesetzten Polizeikräfte verengten weder den im Tunnel zur Verfügung stehenden Raum noch übten sie Druck auf die im Tunnel befindlichen Personen aus.

Im Übrigen siehe Vorbemerkungen.

Zu 7:

Die Polizei gab an alle Personen im Kontrollbereich Getränke aus.

Auf eine Bitte hin ermöglichte die Polizei im weiteren Verlauf auch eine Versorgung der Personen mit Getränken und einer kalt-warmen Verpflegung aus der sogenannten Volxküche.

In Vertretung

Wolfgang Meyerding